

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

Neue Amtszeit für Präsident Musharraf

Noch vor der konstituierenden Sitzung des am 10. Oktober neugewählten Parlaments ließ sich Präsident Musharraf auf Basis des Referendums und seiner eigenen Verfassungsergänzungen vom Sommer dieses Jahres für eine fünfjährige Amtszeit zum Präsidenten Pakistans vereidigen. Dieser Akt wurde von zahlreichen Politikern kritisiert, da die Präsidentenwahl nach der alten Verfassung Aufgabe der National- und Provinzversammlungen war. Musharraf legte den Eid auf die um die von ihm verfügbaren Verfassungsergänzungen (*Legal Framework Order*) erweiterte Verfassung von 1973 ab.

PML-QA stellt Parlamentssprecher

Chaudhry Amir Hussain, in der nun zurückgetretenen Militärregierung Bundesminister für parlamentarische Angelegenheiten, wurde am 19. November als Kandidat einer Koalition unter Führung der PML(QA) mit 167 Stimmen zum Sprecher der Nationalversammlung gewählt. Die Gegenkandidaten der MMA sowie der PPPP erhielten 80 beziehungsweise 71 Stimmen. Somit konnte die PML-QA ihre Stimmenbasis im Parlament über die eigenen 118 Mandate hinaus deutlich ausbauen und erhielt vermutlich auch die Stimmen der PPPP-Dissidenten des „*Forward Bloc*“. Die Wahl im Abgeordnetenhaus war von Tumulten begleitet, da der von Präsident Musharraf bevorzugten Koalition Wahlmanipulationen vorgeworfen wurden. Beobachter erwarten für Chaudhry Amir Hussain eine schwere Amtszeit im wohl bislang „stürmischsten“ Parlament der pakistanischen Geschichte.

Erste Parlamentssitzung seit 1999

Rund fünf Wochen nach den Wahlen fand am 16. November die vom Präsidenten aufgrund der unklaren Mehrheitsverhältnisse zunächst verschobene erste Sitzung des neuen Parlaments statt. Zahlreiche Abgeordnete, vor allem der religiösen Parteien, lehnten einen Eid auf die neue, erweiterte Verfassung ab. Letztlich wurden 324 der insgesamt 342 gewählten Volksvertreter auf die Verfassung von 1973 eingeschworen, nachdem klargestellt worden war, daß sich der Text des Eides von der alten Formel nicht unterscheidet.

PPPP-Parlamentsfraktion zerfällt

Noch vor der ersten Sitzung der neugewählten Nationalversammlung spaltete sich die Fraktion der *Pakistan People's Party Parliamentarians* (PPPP). Eine Gruppe von zehn der insgesamt 80 Abgeordneten der zweitstärksten Partei im Parlament gründete den sogenannten „*Forward Bloc*“, um gegen den Willen der Parteivorsitzenden Benazir Bhutto eine Regierungsbildung der *Pakistan Muslim League (Quaid-i-Azam)* PML(QA) zu unterstützen. Das weitere politische Schicksal der Dissidenten ist unsicher, da eine noch in der Wahnacht vom Präsidenten per Dekret erlassene Verfassungsergänzung Abgeordneten den Fraktionswechsel verbietet. Zuvor hatte die PPPP mit dem Ziel der Regierungsbildung eigene Koalitionsverhandlungen geführt, die aber an massiven Meinungsverschiedenheiten sowohl mit der PML-N als auch mit der MMA scheiterten.

Jamali neuer Premierminister

Mit insgesamt 172 Stimmen von 329 anwesenden Abgeordneten wurde Mir Zafarullah Khan Jamali als Kandidat der präsidententreuen PML(QA) am 21. November zum neuen Premierminister gewählt. Seine Gegenkandidaten, Maulana Fazlur Rehman von der *Muttahida Majlis-e-Amal* (MMA) sowie Shah Mahmood Qureshi von der PPPP, mußten sich mit 86 und 70 Stimmen deutlich geschlagen geben. Jamalis Wahl fand unter anderem die Unterstützung der *Muttahida Qaumi Movement* (MQM), der *National Alliance*, dem Bündnis einiger kleinerer Parteien, sowie der PPPP-Rebellen vom „*Forward Bloc*“.

Jamali, ein früherer Ministerpräsident der Provinz Baluchistan, sprach sich für die Fortsetzung der Politik Musharrafs aus, insbesondere für eine pro-amerikanische Außenpolitik, für die wirtschaftliche Öffnung des Landes sowie für eine verstärkte Kooperation mit dem Nachbarland China. Zudem versprach der Regierungschef den oppositionellen Parteien, diese in wichtigen nationalen Angelegenheiten zu konsultieren und keine individuellen Kampagnen gegen Oppositionspolitiker zu starten.

Keinem der Vorgänger und Vorgängerinnen Jamalis gelang es bislang, das Ende der Amtszeit zu erreichen; sie wurden entweder ermordet, vom Militär aus dem Amt geputscht oder durch Intrigen abgesetzt. Als erste Bewährungsprobe seiner mit einer nur hauchdünnen Mehrheit ausgestatteten Regierung gilt ein Vertrauensvotum im Parlament, die nach den ersten zwei Monaten absolvierter Amtszeit ansteht.

Kabinett vereidigt

Mit der Vereidigung von Premier Jamali und seines 21-köpfigen Kabinetts wurde der Machttransfer von der Militärregierung auf eine gewählte Zivilregierung am 23. November abgeschlossen. Der Vereidigung blieben die Abgeordneten der Parteien der beiden Ex-Premiers Benazir Bhutto (PPPP) und Nawaz Sharif (PML-N) aus Protest fern. Jamalis Kabinett gehören 14 Bundesminister und sieben Staatsminister an, das damit größer als das der abgelösten Militärregierung ist. Im neuen Kabinett finden sich vier ehe-

malige Berater dieser Militärregierung wieder, darunter der alte und neue Finanzminister Shaukat Aziz. Die PML-QA besetzt mit eigenen Politikern das Außen- sowie das Informationsministerium. Darüber hinaus wurden dem zehnköpfigen „*Forward Bloc*“ als Belohnung für die Abspaltung von der PPPP insgesamt sechs Regierungsgänter zugesagt: drei Minister- und drei Staatsministerposten. Alle 17 Abgeordneten der MQM erhalten als Lohn für ihre Unterstützung der Kandidatur Jamalis Sitze im Haushaltsausschuß.

Provinzparlamente wählen neue Ministerpräsidenten

Neuer Ministerpräsident der Schlüsselprovinz Punjab ist Chaudhry Pervaiz Elahi, der Spitzenkandidat der PML-QA. Er setzte sich am 29. November bei der Abstimmung in der Provinzversammlung mit 235 Stimmen zu 102 Stimmen gegen den gemeinsamen Kandidaten der PML-N und PPP durch. Für Elahi stimmten unter anderem auch zehn PPP-Abweichter und ein PML-N-Parlamentarier. Für Unmut sorgte der Umstand, daß zum Zeitpunkt der Ministerpräsidentenwahl noch nicht alle Abgeordneten vereidigt - und damit nicht wahlberechtigt - waren.

Das Landesparlament der *North-West Frontier Province* (NWFP) wählte am

selben Tag Akram Khan Durrani, einen als „moderat und progressiv“ charakterisierten Politiker der islamistischen *Jamiat Ulema-i-Islam* (JUI-F) zum Ministerpräsidenten. Damit setzte sich hier der Kandidat des religiösen Parteienbündnisses MMA durch. Neuer Ministerpräsident Balochistans ist seit 1. Dezember der PML-QA-Politiker Jam Mir Mohammad Yousaf. Für ihn votierten mit den Stimmen seiner eigenen Partei und der MMA 47 von insgesamt 65 Abgeordneten. Als erste Amtshandlung untersagte Jam Yousaf einer Absprache zwischen PML-QA und MMA entsprechend den Verkauf und Konsum von Alkohol.

Die Wahlen aus Sicht der Wahlbeobachter

Die Wahlen vom 10. Oktober wurden von zahlreichen internationalen Beobachterteams begleitet. Deren Berichte fielen teilweise sehr kontrovers aus und provozierten auf Seiten pakistanischer Politiker heftige Reaktionen.

Die Internationale Menschenrechtskommission (IHRC), die eine 60-köpfige Beobachtergruppe eingesetzt hatte, wertete die Wahlen als „fair, frei und transparent“, auch wenn zahlreiche Probleme aufgetreten und die verfügbaren Ressour-

cen sehr begrenzt gewesen seien.

Die Wahlbeobachter der Europäischen Union dagegen verweigerten das Gütesiegel „frei und fair“. Die Kritik der EU-Beobachter richtete sich unter anderem gegen die mangelhafte Vorbereitung und Ausbildung des Personals der „*Election Commission*“ sowie gegen die Regeln zur Bewertung von Kandidaturanträgen. Auch von Einflußnahme der Militärregierung auf die Wahlkampfphase ist in dem EU-Report die Rede.

Pakistanischer Truppenrückzug anerkannt

Von indischer Seite wurde der begonnene Rückzug pakistanischer Truppenverbände auf „Friedenszeit-Positionen“ anerkannt. Pakistanische Militärs werden in

Presseberichten zitiert, wonach die eigenen Verbände dort zurückgezogen worden seien, wo die indischen Truppen keine Gefahr mehr darstellten.

PML-QA unter neuer Führung

Nach der Wahl zum Premierminister wurde der Präsident der Regierungspartei PML-QA, Mian Mohammad Azhar, abgesetzt und durch Chaudhry Shujaat Hussain ersetzt. Beobachter führen den Wechsel an der Parteispitze auf einen Machtkampf zwischen parteiinternen Fraktionen sowie damit verbundenem Familienzweist der Anführer zurück. Kontroversen gab es unter anderem um die Koalitionsverhandlungen mit der PPPP und deren Dissidentengruppe des „*Forward Bloc*“.

Infiltration von Freiheitskämpfern geht zurück

Nach indischen Armeinformationen sind die der pakistanischen Regierung und Armeeführung zur Last gelegten Grenzübertritte („Infiltrationen“) von Milizkämpfern nach Kashmir rückläufig. Vorfälle dieser Art seien 2002 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als die Hälfte zurückgegangen, hieß es.

Raketentests

Am 4. und 8. Oktober testete die pakistanische Armee nach vorheriger Ankündigung ballistische Mittelstreckenraketen vom Typ *Hatf-IV* (auch als *Shabeen I* bezeichnet). Nahezu zeitgleich führte die indische Seite Tests mit Luftabwehrraketen durch, was Pakistan als „fortgesetztes Wettrüsten des Gegners“ kritisierte. Die beiderseitigen Raketentests wurden international bedauert.

Strengere Anti-Terror-Gesetze

Ein im November in Kraft getretenes Gesetz erlaubt es der Polizei nun, verdächtige Personen ohne Anklage bis zu einem Jahr zu inhaftieren. Zusätzlich bietet dieses Gesetz neue Verdachtstatbestände zur Inhaftierung von Personen, die vermeintlich mit religiös-fundamentalistischen Gruppen in Kontakt stehen. Menschenrechtsaktivisten kritisieren das neue Gesetz, da es die eigentlichen Probleme nicht löse.

Serie von Terroranschlägen in Karachi

Sieben Todesopfer forderte ein Anschlag auf das Büro der christlichen Nichtregierungsorganisation *Idara Amn-o-Insaf* (Organisation für Frieden und Gerechtigkeit) am 24. September in Karachi. Die Organisation arbeitet nach Presseberichten seit rund 30 Jahren mit karitativen Projekten in Pakistan und gibt eine Monatszeitschrift zu Menschen- und Arbeitsrechtsfragen heraus. Alle Opfer wurden mit gezielten Schüssen ermordet, nachdem sie von den Tätern zuvor gefesselt worden waren. Die elektrisch gesicherte Eingangstür konnte dem Vernehmen nach nur von innen geöffnet werden. Schon im Mai diesen Jahres wurde der Geschäftsführer dieser Organisation in Karachi tot aufgefunden - gefesselt und mit Einstichmalen giftiger Substanzen.

Bei insgesamt drei Paketbombsanschlägen der militant-islamistischen Terrororganisation *Lashkar-i-Jhangvi* in Karachi wurden am 16. Oktober acht Po-

lizisten und ein Angestellter eines Paketdienstes verletzt. Vor der Detonation gingen Email-Warnungen bei einer Tageszeitung ein, doch konnten nicht alle Bomben rechtzeitig erkannt und entschärft werden.

Am 4. Dezember wurden drei Menschen bei einem Bombenanschlag auf das Honorarkonsulat Mazedoniens in Karachi getötet. Die Opfer, alle Pakistani, wurden vor der Explosion geknallt und getötet. Eines der drei Opfer gehört zu den Sicherheitswachen, die Identität der beiden übrigen war bis zum Redaktionsschluß nicht bekannt. Ebenso sind die Motive noch unklar, doch wird von einem Terroranschlag ausgegangen. Erste Vermutungen schließen einen Racheakt gegen die Tötung von sieben Pakistani im Frühjahr 2002 durch Soldaten in Mazedonien nicht aus. Der Honorarkonsul ist ein Bruder des früheren Übergangspriemierministers Moeen Qureshi.

Auslandsdirektinvestitionen mehr als verdoppelt

Die Direktinvestitionen aus dem Ausland haben in den ersten vier Monaten des neuen Finanzjahres im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum begünstigt durch die Stabilisierung der Lage in Afghanistan um 234 Prozent von 119,6 auf nunmehr 229 Millionen US-Dollar zugenommen. Als Wirtschaftssektoren mit den höchsten Geldzuflüssen werden Finanzdienstleistungen (156 Millionen US-Dollar), Chemie (78,7 Millionen US-Dollar), Öl und Gas (54 Millionen US-Dollar),

Verkehr (30 Millionen US-Dollar) sowie der Handel (15,5 Millionen US-Dollar) aufgeführt. Die größten Investmentzahlungen kommen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (38 Prozent), Großbritannien (24 Prozent), den USA (22 Prozent) und Saudi Arabien (3,6 Prozent). Finanzminister Shaukat Aziz ist laut Presseberichten zuversichtlich, daß das Ziel von rund einer Milliarde US-Dollar an Auslandsdirektinvestitionen im laufenden Finanzjahr erreicht werden kann.

SAARC: Handelsfreiräume erweitert

Im Rahmen der vierten Runde des „*South Asian Preferential Trade Arrangement*“ (SAPTA) hat Pakistan vier südasiatischen Partnerländern - Nepal, Bhutan, Bangladesh und Malediven - Steuersenkungen für mehr als 400 Handelsgüter eingeräumt. Diese Maßnahme wurden von diesen Ländern auf freiwilliger Basis durch ähnliche Entgegenkommen beantwortet. Zuvor hatte Pakistan in den ersten drei Verhandlungsrunden die Steuern schon für insgesamt 685 Handelsgüter reduziert. Der gesamte intra-SAARC-Handel reduzierte sich im Finanzjahr 2001/2002 gegenüber dem Vorjahr von 573,8 Millionen US-Dollar auf 470,8 Millionen US-Dollar.

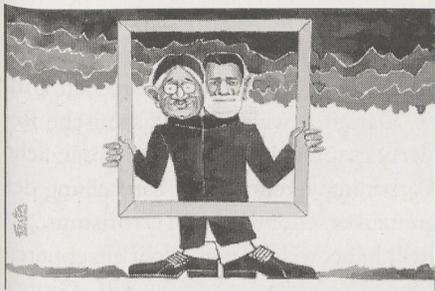
Steigende Auslandsüberweisungen

Die Auslandsüberweisungen von rund 3,7 Millionen pakistanischen Gastarbeitern und weiteren Migranten haben sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Die Devisentransfers kamen vor allem aus den USA, aus Großbritannien und den arabischen Golfstaaten. Beobachter aus Finanzkreisen führen dies unter anderem darauf zurück, daß US-amerikanische Behörden intensiver nach illegalem Geldvermögen und -transfers fahnden würden und sich zudem der Wechselkurs der Rupie gegenüber dem Dollar verbessert habe.

„Exil-Bengalen“ erhalten Staatsbürgerstatus

Alle Bengalen, welche vor dem 16. Dezember 1971 im heutigen Pakistan lebten, sollen nach einer Beschlußvorlage eines hochrangigen Regierungskomitees die pakistanische Staatsbürgerschaft erhalten. Nach Schätzungen waren 1971 rund 1,1 Millionen Bengalen und etwa 200.000 Birmesen allein in Karachi geblieben.

Heute leben dort noch rund 25.000 Bengalen, denen 1978 die pakistanische Staatsbürgerschaft aberkannt wurde. Die Anerkennung der Staatsbürgerschaft setzt jedoch voraus, daß die Betroffenen den Behörden beweisen können, daß sie schon vor dem Stichtag auf dem Gebiet des heutigen Pakistans gewohnt haben.



Musharaf / Jamali (Karikatur: Dawn)

Afghanistan unter den 20 wichtigsten Exportländern

Noch vor Japan, Australien, Bangladesch, der Türkei und Portugal belegt Afghanistan in den jüngsten Exportstatistiken Pakistans Platz 15. Gegenüber Exporteinnahmen von 140 Millionen US-Dollar im Vorjahr schloß das letzte Finanzjahr mit einem Exportvolumen in Höhe von 169 Millionen US-Dollar ab. Der Export ins Nachbarland wird sich noch weiter steigern, so Beobachter, wenn sich der dortige Friedensprozeß stabilisiere. Die pakistanischen Exporte umfassen vor allem Lebensmittel, Werkzeuge und Baumaterialien, Chemikalien, Zelte, Decken und Textilien sowie Medikamente. Zum

Jahresbeginn kamen zusätzlich noch Büromaterial, Eisen- und Stahlwaren, Mineralölprodukte, Autoreifen sowie Sanitär- und Hausdekorationsartikel hinzu. Indien und Sri Lanka sind bislang nicht unter den „Top 20“ der pakistanischen Außenhandelsstatistik zu finden; Nachbarland China rangiert immerhin auf dem 11. Platz. Im Zuge des expandierenden Handels ist die afghanische Regierung bestrebt, die Bedingungen des „*Afghan Transit Trade-Agreement*“ (ATT) zu verbessern; damit will Kabul erreichen, daß in Zukunft mehr Produkte abgabefrei durch Pakistan eingeführt werden dürfen.

Erdbeben im Himalaya

Die Region am Fuß des Nanga Parbat - an den nordwestlichsten Ausläufern des Himalaya-Massivs und somit auch der indischen Kontinentalplatte - wurde im November von mehreren Erdbeben erschüttert, welche auf der Richter-Skala Werte von 5,5 erreichten. Die ersten Beben Anfang November zerstörten vor allem Siedlungen an der Nordabdachung des Nanga Parbat sowie große Abschnitte des *Karakorum-Highway*, der wichtigsten Straßenverbindung im Norden des Landes. Dort wurden mindestens elf Menschen getötet und einige Tausend obdachlos. Ein zweites heftiges Beben betraf vor allem die im Astor-Tal gelegenen Orte jenseits des Nanga-Parbat-Massivs. In vier Dörfern wurden nach ersten Meldungen 21 Menschen getötet.

Infolge dieser Beben und zahlreicher schwächerer Nachbeben wurden mehrere Straßen der weiteren Umgebung durch Berggrutsche verschüttet, so daß das Katastrophengebiet nur aus der Luft versorgt werden konnte. Für die Verletzten und mindestens 15.000 Obdachlosen flog die pakistanische Luftwaffe Zelte, Medikamente, Wasserentkeimungstabletten und Versorgungsgüter ein. Doch zumindest für die Dauer des Winters werden die Lebensbedingungen für die Überlebenden in den eingerichteten Zeltedörfern katastro-

phal bleiben. Erschwerend kommt hinzu, daß auch große Tierbestände und Bewässerungssysteme vernichtet wurden, so daß der Wiederanfang im Frühjahr in Frage steht.

Die Hilfsgüter stammen von der Regierung, vom pakistanischen Roten Halbmond, von UNICEF sowie von mehreren Nichtregierungsorganisationen. Entsprechenden Forderungen der betroffenen Bevölkerung zum Trotz verzichtete jedoch die Regierung darauf, internationale Hilfe anzufordern.

Der *Karakorum Highway* wurde neun Tage nach dem zweiten großen Beben wieder für den Verkehr geöffnet. Somit wird sich die angespannte Versorgungslage in den gesamten Nordgebieten wieder entspannen, wo aufgrund der ausbleibenden Transporte die Preise aller Versorgungsgüter enorm gestiegen waren.

Aufgrund von Unstimmigkeiten mit dem Nachbarland Indien hat die pakistanische Regierung den für Januar 2003 vorgesehenen Regionalgipfel des SAARC-Rates vertagt. Bis zuletzt blieb die indische Regierung laut pakistanischen Quellen jegliche Stellungnahme zu ihrer Beteiligung schuldig. Von indischer Seite wird Pakistan demgegenüber vorgeworfen, vorherige Ansätze und Verbesserungsvorschläge auf SAARC-Ebene wiederholt sabotiert zu haben. Zudem warte Delhi noch auf konkrete Anzeichen zur Versöhnung, be-

Steuerbefreiung für Tarbela-Umsiedlungsoffer

Die Regierung der NWFP hat die von der Umsiedlung für das Tarbela-Staudammprojekt betroffenen Haushalte auf unbestimmte Zeit von der Eigentumssteuer befreit. Diese Menschen mußten ihre ursprünglichen Siedlungen und Ländereien in den 1970er Jahren für den Staudamm-Bau verlassen und wurden seither nur unzureichend oder gar nicht entschädigt. Über die Steuerbefreiung hinaus stellten Politiker bei einer Versammlung vor Ort zusätzliche Geldzahlungen in Aussicht.

Abschußquoten für Markhor verdoppelt

Für die unter Naturschutz stehenden *Markhor* (eine Wildziegenart; Anm. d. Red.) wurde auf der jüngsten Sitzung der „UN-Konvention zum Internationalen Handel mit gefährdeten Tieren und Pflanzen“ (CITES) auf pakistanischen Antrag beschlossen, die jährliche Abschußquote von sechs auf zwölf Tiere zu verdoppeln. Die Abschußgebühren in Höhe von 25.000 US-Dollar werden zu 80 Prozent an die lokale Bevölkerung ausgezahlt, welche in Naturschutzkomitees die *Markhor*-Bestände beobachten und die zuvor weit verbreitete Wilderei unterbinden sollen. Der Erlös steht somit den meist extrem benachteiligten Regionen für allgemeine Entwicklungsmaßnahmen unter lokaler Verantwortung zur Verfügung. Das *Markhor* wurde kürzlich zum „Nationaltier“ Pakistans erkoren.

SAARC-Gipfel vertagt

vor Vajpari tatsächlich zu einem Gipfeltreffen nach Islamabad aufbrechen könne. Darauf erwiderten pakistanische Regierungssprecher, daß Indien zusätzliche Vorbedingungen wie die Einstellung des grenzüberschreitenden Terrorismus gestellt habe, welche man nicht akzeptieren könne. Die Vertagung des SAARC-Gipfels wird jedoch übereinstimmend nicht als Ende der regionalen Konsultationen verstanden, sondern allenfalls als eine vorübergehende Pause.